Positionspapier des Landesschülerausschusses Berlin zu Digitalen Medien

Der Landesschülerausschuss Berlin ist der Meinung, dass Berliner Schulen besser mit digitalen Medien ausgestattet werden sollen und diese vollständig als Lern- und Lehrmittel etabliert werden müssen.
Wir stellen fest, dass die Berliner Schulen vergleichsweise schlecht mit digitalen Medien ausgestattet sind und deren Nutzungshäufigkeit gering ist. Durch den Einsatz von digitalen Medien sehen wir eine gute Möglichkeit, den Unterricht projektorientierter, multimedialer und interaktiver zu gestalten.

Die Berliner Schulen sollten nicht nur mit Standardsoftware ausgestattet sein. Unserer Meinung nach sollte zudem auch spezielle Lernsoftware in den Unterricht integriert werden. Dabei unterstützen wir den Vorschlag der Rot-Rot-Grünen Koalition bei dieser Software-Ausstattung Open Source einzubeziehen. Für die effektive Arbeit aller Beteiligten, innerhalb der Schule, ist eine technische Infrastruktur mit freiem Wlan und Highspeed Internet notwendig.
Durch Lernprogramme besteht die Möglichkeit, Schüler*innen individuell zu fördern, ihnen eine sofortige Rückmeldung zu ihrem Lernstand zu geben und besser zu differenzieren. Schüler*innen können beispielsweise in ihrem individuellen Tempo Aufträge bearbeiten. Des Weiteren können digitale Medien zur Inklusion beitragen und Diskriminierung vorbeugen.
Beispielsweise kann durch Screenreader Schüler*innen mit einer Sehbehinderung eine selbständige Internetrecherche ermöglicht werden.

Damit Lehrkräfte digitale Medien sinnvoll in ihre Unterrichtsgestaltung integrieren können und Schüler*innen zu medienkompetenten Erwachsenen erziehen, müssen sie selber kompetent mit digitalen Medien umgehen können. Um dies zu gewähren, fordern wir regelmäßige verbindliche Aus- und Fortbildungen für Lehrkräfte.
Außerdem befürworten wir, dass digitale Medien nicht nur für die Vermittlung von Unterrichtsstoff, sondern auch für die Entwicklung der Medienkompetenz genutzt werden.

Wir sprechen uns für die Aufhebung aller Handyverbote an Oberschulen aus. Des Weiteren plädieren wir dafür, dass Lehrkräfte im Einzelfall weiterhin die Kompetenz haben sollten die Handynutzung zu unterbinden. Wir weisen darauf hin, dass ein eventueller Entzug des Gerätes nur maximal bis zum Ende des Schultages erfolgen darf.
Unserer Ansicht nach sind generelle Verbote keine Lösung. Wir sehen Suchtpräventionsprogramme und Aufklärung über mögliche Gefahren im Internet etc. für sinnvoller an. Schüler*innen müssen einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien erlernen und dadurch medienmündig werden. Sie sollten unter anderem darüber aufgeklärt werden, wie sie ihre Daten schützen können, sinnvoll digitale Medien für Recherchearbeit nutzen und zur Selbstreflexion ihres Medienkonsums angeregt werden. Gerade im Zuge der Industrie 4.0 die den heutigen Arbeitsmarkt stark verändern wird, sehen wir es als notwendig an, Schüler*innen auf Ihren späteren Arbeitsalltag und ihr späteres Leben vorzubereiten.
Wir unterstützen darüber hinaus die Initiative zur Schaffung einer Grundrechtecharta für Digitales in der EU.
Abschließend plädieren wir dafür, dass alle bisherigen analog geführten Listen (z. B.: Klassenbücher, Notenübersichten und Vertretungspläne) in digitaler Form zusammengeführt werden und auch für die Schüler*innen online (und von überall) einsehbar sind. Digitale Schulbücher könnten die Schultasche der Schüler*innen bedeutend leichter machen, weil sie keinen realen Platz mehr benötigen. Des Weiteren kann so auch ein Vergessen der Schulbuchs verhindert werden.